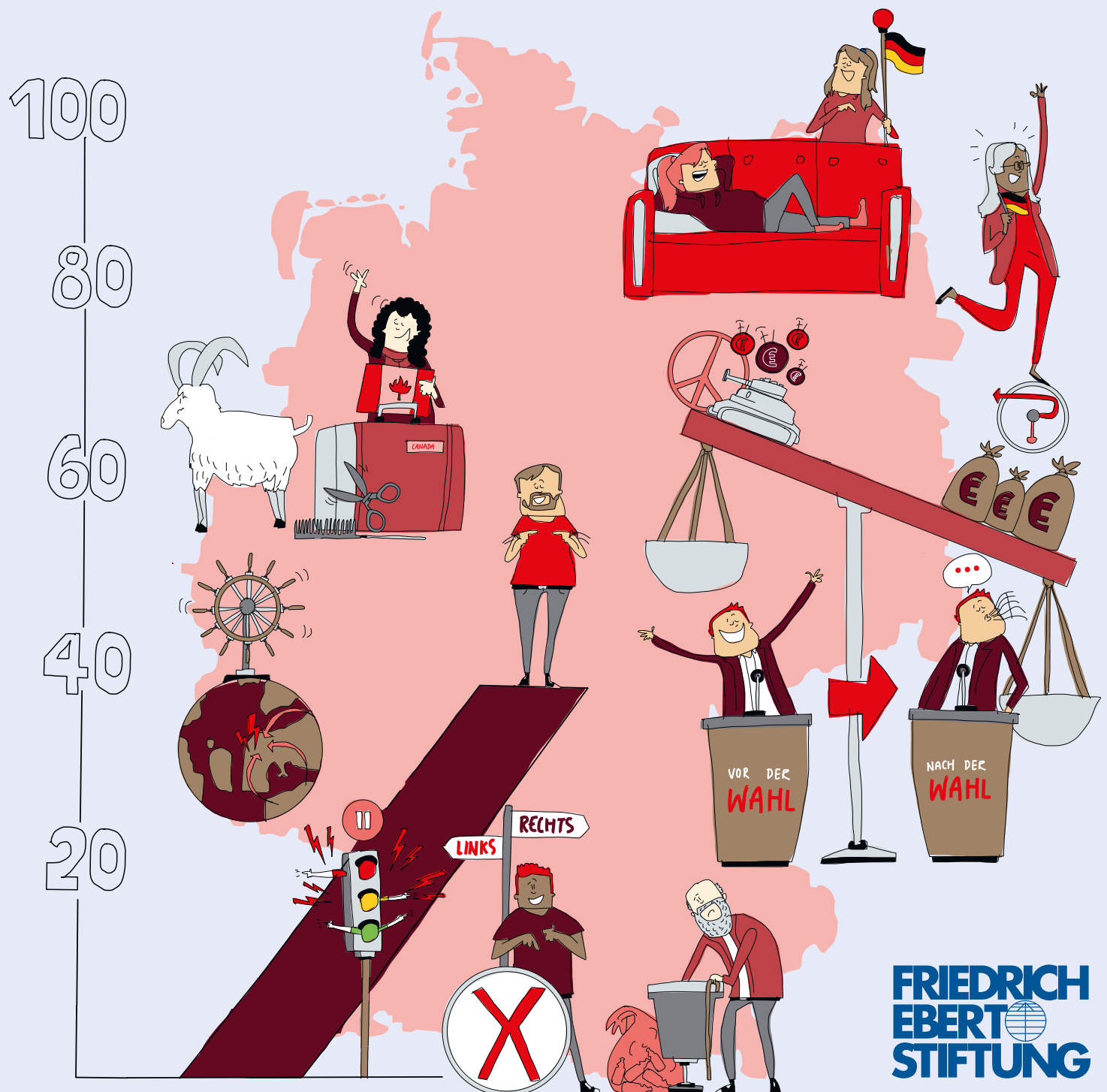


Lennart Hagemeyer, Emilia Willems, Jana Faus

Muster und Motive politischer Einstellungen von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte in Deutschland



FES diskurs

November 2024

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger*innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

FES diskurs

FES diskurse sind umfangreiche Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen sprechen sie wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für die Politik aus.

Über die Autor*innen

Dr. Lennart Hagemeyer studierte Sozialwissenschaften (B.A.), Politische Kommunikation (M.A.) und hat zu Propaganda internationaler Nachrichtensender promoviert. Er ist seit Ende 2021 bei der pollytix strategic research gmbh als Seniorberater mit Fokus auf qualitative Forschungsvorhaben beschäftigt.

Emilia Willems studierte Medien- und Kommunikationswissenschaft (B.A.) und Politische Kommunikation (M.A.) in Passau und Berlin. Sie ist seit 2023 bei der pollytix strategic research gmbh mit Fokus auf qualitative wie quantitative Forschungsvorhaben beschäftigt.

Jana Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Gründerin und Geschäftsführerin der Berliner Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. Sie forscht seit 20 Jahren zu politischen und gesellschaftlichen Themen und ist Autorin mehrerer Studien und Publikationen.

In der FES ist für diese Publikation verantwortlich

Dr. Annika Arnold, Referentin für Empirische Sozial- und Trendforschung im Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Lennart Hagemeyer, Emilia Willems, Jana Faus

Muster und Motive politischer Einstellungen von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte in Deutschland

INHALT

1	DEUTSCHLAND – EINWANDERUNGSLAND UND POSTMIGRANTISCHE GESELLSCHAFT	2
2	METHODISCHES VORGEHEN	4
3	INDIVIDUELLE UND GESELLSCHAFTLICHE STIMMUNG	5
4	IDENTITÄT UND ZUGEHÖRIGKEITSGEFÜHL: RASSISTISCHE ERFAHRUNGEN PRÄGEN DEN BLICK AUF DIE GESELLSCHAFT	7
5	THEMENAGENDA: WAHRGENOMMENE WIDERSPRÜCHLICHKEITEN IM FOKUS	9
6	WAHRNEHMUNG VON POLITIK UND PARTEIEN: DEMOKRATIE AM WAHRGENOMMENEN KIPPPUNKT	12
7	FAZIT UND IMPLIKATIONEN	14
	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	16
	LITERATURVERZEICHNIS	16

DEUTSCHLAND – EINWANDERUNGS- LAND UND POSTMIGRANTISCHE GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft in Deutschland kann als postmigrantisch beschrieben werden (Foroutan 2019). Seit mehreren Jahrzehnten prägen Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte die Gesellschaft nachhaltig. Damit sind Menschen gemeint, die selber oder deren Eltern bzw. Großeltern nach Deutschland eingewandert sind. Häufig wird dabei nach Einwanderungsgenerationen unterschieden. Zur ersten Einwanderungsgeneration zählen Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland migriert sind. Zur zweiten Generation zählen diejenigen, die in Deutschland geboren sind und mindestens einen Elternteil haben, der aus dem Ausland nach Deutschland migriert ist. Zur dritten Generation zählen schließlich Menschen, deren Eltern in Deutschland geboren sind und die mindestens einen Großelternteil haben, der aus dem Ausland nach Deutschland migriert ist (Goerres et al. 2024). Nach dieser Definition lebten 2022 20,2 Millionen Menschen, also 24,3 Prozent der Gesamtbevölkerung, mit familiärer Migrationsgeschichte in Deutschland (Destatis 2023). 34 Prozent der Menschen mit Migrationsgeschichte sind bei Bundestagswahlen wahlberechtigt, damit stellen sie 13,4 Prozent des gesamten Elektorats.

WAHLVERHALTEN VON MENSCHEN MIT FAMILIÄRER MIGRATIONSGESCHICHTE IM WANDEL?

Auch in der Auseinandersetzung mit politischem Wahlverhalten gerät die (post-)migrantische Perspektive zunehmend in den Fokus. Historisch gewachsen ist dabei die These, dass Menschen mit türkischer familiärer Migrationsgeschichte insbesondere Parteien links der Mitte wählen und dabei häufig der Sozialdemokratie zugeneigt sind. Der Grund hierfür wird häufig darin gesehen, dass Parteien des linkspolitischen Spektrums zumeist eine vergleichsweise positive Haltung gegenüber Migration pflegen (Wüst 2024) – eine Gewissheit, die mit der Neugründung des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) in Deutschland allerdings ins Wanken gerät. Menschen mit russischer familiärer Migrationsgeschichte, insbesondere russlanddeutsche Spätaussiedler*innen, sind hingegen häufiger konservativen Parteien zugeneigt und haben in der Vergangenheit häufiger die CDU/CSU gewählt, was insbesondere darauf zurückgeführt wird, dass viele in Zeiten und auf Initiative der Kohl-Regierung nach Deutschland zurückgekehrt sind (z. B. Goerres et al. 2021; Wüst 2004). Ähnliche Begründungsmuster lassen sich beim Blick auf Unterschiede nach Generationen beobachten. Neben den erwähnten Russlanddeutschen der ersten

Generation, die in den 1990er Jahren eingewandert sind, kam in den 1960er Jahren unter der konservativen Regierung Adenauer eine Vielzahl von Gastarbeiter*innen aus der Türkei nach Deutschland. Hierin kann womöglich auch ein Grund für konservativere Positionen innerhalb der ersten Einwander*innengeneration liegen (Goerres et al. 2024). Inwiefern sich diese Thesen auch in Zukunft noch aufrechterhalten lassen und welche Rolle jüngere Parteien wie die AfD oder das BSW spielen, soll hier ebenfalls thematisiert werden.

Häufig wird mehr über als mit Menschen über Migrationsgeschichte gesprochen. In einer Zeit, in der gesellschaftliche Polarisierungen zunehmen und politische Extreme an Zulauf gewinnen, ist es allerdings von großer Relevanz, das politische Verständnis, die Erwartungen und die Herausforderungen von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte besser zu verstehen. In Debatten bleibt häufig auf der Strecke, was sie selber über die politischen Zustände in Deutschland denken. Welche Themen sind bewegend? Welches Verständnis von Politik und Demokratie liegt vor? Wie stark und in welcher Art ist Populismus verbreitet? Welche Rolle spielen die Einwanderungsgeneration und das Herkunftsland für die politische Sozialisation? Wie stark wirken sich rassistische Erfahrungen langfristig auf politische Einstellungen aus? Und zuletzt: Lassen sich überhaupt allgemeine Aussagen über diese vielfältige und diverse Gruppe tätigen? Mit Blick auf letztere Frage lässt sich vorwegnehmen, dass allgemeingültige, stereotype Aussagen kaum möglich sind und nicht dem realen Stimmungsbild entsprechen. Wir wissen aber auch bereits, dass sich politische Einstellungen von Menschen mit und ohne familiäre Migrationsgeschichte auch statistisch voneinander unterscheiden (z. B. Mayer et al. 2021). Gerade daher sind eine Differenzierung und die Suche nach Motiven für diese Unterschiede von hoher Bedeutung.

WAHLBERECHTIGTE IM FOKUS

Die vorliegende Studie, die auf den Ergebnissen von acht Fokusgruppen mit Teilnehmer*innen unterschiedlicher familiärer Migrationsgeschichte basiert, bietet Einblicke in deren Stimmungslage und politische Präferenzen, thematisiert darüber hinaus aber auch einstellungsrelevante Identitätsfragen. Sie knüpft dabei an die Ergebnisse einer quantitativen Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung (Goerres et al. 2024) an, vertieft und erklärt diese Erkenntnisse anhand qualitativer Daten. Für diese Studie ist insbesondere das Wahlverhalten von

Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte relevant, da auch analysiert werden soll, welchen Einfluss die obengenannten Faktoren auf die politische Partizipation und das Wahlverhalten haben können. Daher wurden lediglich Menschen befragt, die in Deutschland zu Bundestagswahlen wahlberechtigt sind. Grundsätzlich sei hier erwähnt, dass auch die Einstellungen zu Politik und Gesellschaft von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte, die nicht wahlberechtigt sind, von hoher Relevanz sind. Häufig sind ebendiese Menschen in der öffentlichen Debatte unterrepräsentiert. Zudem wird die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes bei Teilen dieser Gruppe dafür sorgen, dass sie zeitnah(er) wahlberechtigt sein werden. Aus forschungsökonomischen Gründen kann diese Gruppe jedoch in dieser Untersuchung nicht näher betrachtet werden: Die Erreichbarkeit der Gruppe für Erhebungsinstitute ist erheblich eingeschränkt, Gruppendiskussionen sind aufgrund von Sprachbarrieren mit hohen Hürden verbunden.



Diese Studie soll einen Beitrag dazu leisten, das Verständnis über das politische Bewusstsein von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte zu vertiefen. Dabei kann sie auch eine Hilfestellung für die politische Ansprache liefern und letztlich politische Partizipation steigern. Aus einer gesellschaftlichen Perspektive kann die Studie zudem ein Licht auf bestehende Diskriminierungsstrukturen werfen und politische Bedürfnisse auch in diesem Themenfeld offenlegen. Insbesondere im Kontext des aktuellen gesellschaftlichen Diskurses mit Blick auf Integration, Migration und eine starke wahrgenommene Polarisierung ist dies von Bedeutung.

AUFBAU DER STUDIE

Im folgenden Kapitel 2 wird das methodische Vorgehen der Studie vorgestellt, welches die Durchführung von acht Fokusgruppen mit Menschen unterschiedlicher familiärer Migrationsgeschichte beschreibt. Kapitel 3 befasst sich mit der Analyse der individuellen und gesellschaftlichen Stimmungslage der Befragten, einschließlich ihrer Unsicherheiten und Zukunftsperspektiven. Kapitel 4 widmet sich den Themen Identität und Zugehörigkeitsgefühl, beleuchtet spezifische Herausforderungen der Befragten und die häufig ambivalente Beziehung zur deutschen Mehrheitsgesellschaft. In Kapitel 5 erfolgt eine Analyse der Themenrelevanz, etwa im Bereich sozialer Gerechtigkeit und Migrationspolitik. Kapitel 6 untersucht die Wahrnehmung von Politik und Parteien, wobei die Entfremdung von etablierten Parteien und vor allem die Bedeutung der AfD-Wahlerfolge herausgestellt werden. Abschließend fasst Kapitel 7 die zentralen Erkenntnisse zusammen und bietet Implikationen für Politik und gesellschaftliche Kommunikation.

Informationen zur Studie: Politische Einstellungen und Präferenzen von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte in Deutschland

(Achim Goerres, Sabrina J. Mayer, Philipp Hoffmann, Manuel Diaz Garcia; FES 2024)

Die vorliegende Studie knüpft in Teilen an eine vorhergehende quantitative Analyse zu den politischen Einstellungen von Menschen mit Migrationsgeschichte an. Hierbei wurden Umfragedaten eines Onlinepanels des Deutschen Zentrums für Integration und Migration ausgewertet. Zentrale Ergebnisse dieser quantitativen Untersuchung sind:

- Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte weisen im Durchschnitt stärkere populistische Einstellungen als die Mehrheitsbevölkerung auf. Diese Einstellungen sind bei Mitgliedern der ersten und zweiten Generation durchschnittlich stärker als bei denen der dritten Generation, die sich nicht von den Menschen ohne Migrationsgeschichte unterscheidet.
- Die affektive politische Polarisierung fällt bei Menschen mit und ohne familiäre Migrationsgeschichte ähnlich aus. Einen Unterschied gibt es jedoch bei den Einwanderungsgenerationen: Die affektive politische Polarisierung scheint stärker bei der zweiten und dritten Generation als bei der ersten Generation zu sein.
- Zwischen Menschen mit und solchen ohne familiäre Migrationsgeschichte zeigen sich keine überzufälligen Unterschiede im Vertrauen in politische Institutionen. Allerdings passt sich das politische Vertrauen mit nachfolgenden Generationen dem Niveau der Mehrheitsbevölkerung an. Die zweite und dritte Generation weist im Schnitt ein geringeres Vertrauen auf als die erste.
- Das Wahlpotenzial unter Wähler*innen mit familiärer Migrationsgeschichte fällt nur für die Linkspartei höher aus, nicht jedoch für die SPD und die Grünen. Bei den Mittelwerten liegt die SPD auf Platz 1, gefolgt von den Grünen und der Linkspartei. Anders als die zweite Generation präferiert die erste Generation die Unionsparteien, während es keine nennenswerten Unterschiede mehr zu Menschen ohne familiäre Migrationsgeschichte bei der dritten Generation gibt.

METHODISCHES VORGEHEN

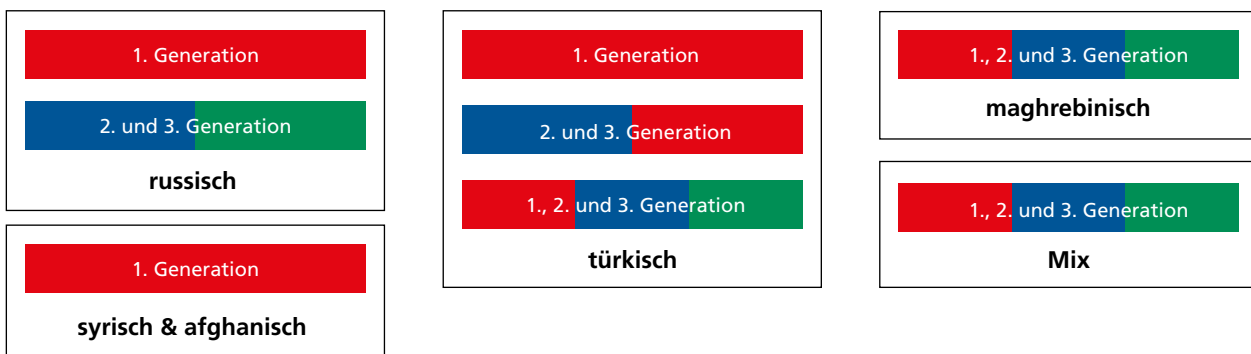
Für die Studie wurden acht Onlinefokusgruppen durchgeführt. Die Diskussionen fanden via Zoom statt und dauerten jeweils 120 Minuten an. Die Rekrutierung erfolgte mithilfe eines professionellen Meinungsforschungsdienstleisters durch einen Screening-Fragebogen, indem die relevanten Daten zu den potenziellen Teilnehmer*innen abgefragt wurden. An jeder Gruppe nahmen sechs bis acht Personen, wohnhaft in allen Regionen in Deutschland mit unterschiedlichen familiären Migrationsgeschichten und deutscher Staatsbürgerschaft, teil. Die Teilnehmenden wurden nach Generation (1., 2., 3. Generation) und Herkunft (türkisch, maghrebinisch, russisch, syrisch und afghanisch) in Gruppen eingeteilt. Menschen mit türkischem Migrationshintergrund bilden die größte Gruppe der nach Deutschland eingewanderten Personen (2,5 Millionen Personen, das entspricht einem Anteil von 11,8 Prozent an der gesamten Gruppe von Zugewanderten). Menschen mit russischem Migrationshintergrund machen 6,5 Prozent aus, Menschen mit syrischem Hintergrund 6 Prozent (Medien- dienst Integration 2024). In der Studie wurde der Fokus

auf Nicht-EU-Herkunftsländer gelegt. Die Erhebung wurde in einem Zeitraum von sieben Tagen (3.–10.9.2024) durchgeführt.

Neben den genannten Kriterien wurde außerdem auf eine ausgewogene soziodemografische Zusammensetzung geachtet. Da die Rekrutierung aufgrund der vergleichsweise geringen Anzahl an potenziellen Teilnehmer*innen (auch wegen Faktoren wie ausreichender Sprachkenntnisse) relativ komplex ist, konnte dieser Anspruch nicht in allen Gruppen durchweg gehalten werden. So war z. B. das Bildungsniveau in der Gruppe mit syrischen und afghanischen sowie in der Gruppe mit maghrebinischen Teilnehmer*innen relativ hoch. Wenn auch qualitative Studien keinen Anspruch auf Repräsentativität haben und die hierigen Ergebnisse nicht quantifizierbar sind, ermöglichen sie so aber dennoch Aussagen, die dabei helfen, Gesellschaft und bestimmte Teile der Gesellschaft besser zu verstehen. Die Fokusgruppen wurden von erfahrenen Moderator*innen durchgeführt.

Zusammensetzung der acht Fokusgruppen

Abb. 1



Quelle: eigene Darstellung.

INDIVIDUELLE UND GESELLSCHAFTLICHE STIMMUNG

Bei den Befragten zeigt sich grundsätzlich eine weitgehend zufriedenstellende Lebensweise, die jedoch fast ausschließlich auf das unmittelbare Lebensumfeld beschränkt ist. Fokus der meisten Befragten liegt hier in der Gestaltung des eigenen Familien- und Berufslebens.

Ich denke, Familie, Kinder sowieso, stehen an erster Stelle. Für mich ist meine Gesundheit auch wichtig, dass ich ein bisschen mehr Zeit für mich einräumen kann, mehr Zeit für mich nehme, versuche, das Beste aus dem Tag zu machen.

2. Generation, russisch

ZUKUNFTSSICHERHEIT IM FOKUS

Dementsprechend ist auch der Zukunftsblick vieler Menschen eher auf ein sicheres Leben ohne Druck ausgerichtet, das die grundlegenden Bedürfnisse befriedigt. Größere Zukunftsträume sind eher eine Seltenheit, viel mehr stehen ein sicherer Job, eine zufriedenstellende Wohnsituation und Gesundheit für das eigene Leben und das des engsten Umfeldes im Fokus. Die „Zukunftsträume“ bestehen also weitestgehend im Verbleiben des Status quo. Unterschiede lassen sich hier weniger nach Generationen oder Herkunftsländern ausmachen – wenn überhaupt ist der soziale Status hier eine relevante Einflussgröße.

Man wünscht sich auf jeden Fall Frieden, ein ruhiges Leben. Ich erwarte nicht viel, aber jeder wünscht sich Erfolg, eine Familie zu haben, in Sicherheit zu leben, das ist alles.

1. Generation, syrisch

Dieser Mangel an Visionen und utopischen Zukunftsvorstellungen ist insbesondere auf den steigenden Druck von außen zurückzuführen, den viele immer stärker spüren. So sind auch Aspekte wie Selbstentfaltung im Beruf kaum von höherer Relevanz – die gesellschaftliche Zeitdiagnose und begrenzte Ressourcen lassen „Luxusprobleme“ wie diese schlicht nicht zu. Viele der Befragten befürchten einen wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands und sehen dabei

auch ihre eigene Zukunft bedroht. Darüber hinaus wird zunehmend auf eine immer stärker werdende Polarisierung hingewiesen.

Da gehen schon in vielen Dingen die Meinungen auseinander in Deutschland gerade. Es ist schon viel, was gerade passiert, und viel, was die Leute auch gegensätzlich oder anders sehen.

1. Generation, russisch

BESORGNISERREGENDE DISKURSVERSCHIEBUNG NACH RECHTS REGISTRIERT

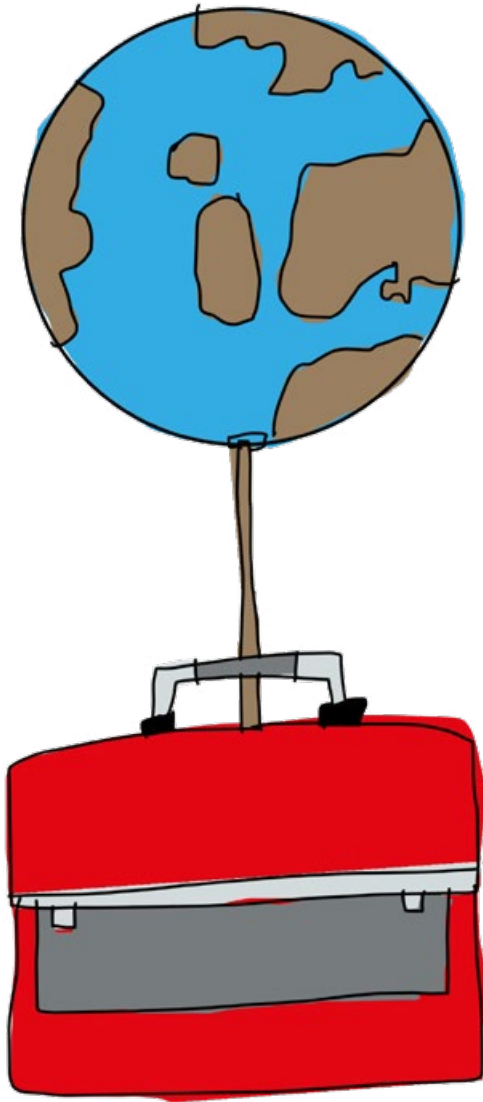
Mit Blick auf die Stimmung in Deutschland wird insbesondere beim Thema Migration (siehe hierzu auch Kapitel 5) eine Diskursverschiebung nach rechts diagnostiziert. Auf der einen Seite besteht hier die Sorge vor einer verstärkten Ausgrenzung und einem (wieder-)erstarkenden Rassismus, der sich massiv auf die eigene Lebensführung und das Sicherheitsgefühl in Deutschland auswirkt. Mit Blick auf die politischen Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland besteht zudem auch eine verstärkte Angst vor einer politischen Instrumentalisierung und Vereinnahmung. Diese Gefühle sind insbesondere bei denjenigen, die aus muslimischen Ländern stammen, stark internalisiert.

Nicht umsonst ist jeder Dritte, Vierte AfD-Wähler. Das ist in den Köpfen verankert. Die Kultur, die in Deutschland noch immer da ist, ist noch immer extrem rechts, vielleicht in Ostdeutschland noch extremer.

3. Generation, türkisch

SELBSTBEWUSSTSEIN BEI HOCHGEBILDETEN

Bei hochgebildeten Einwander*innen, die wie erwähnt insbesondere in der maghrebischen sowie in der syrischen und afghanischen Gruppe überproportional vertreten



waren, aus der ersten Generation führt dies zu einer Art Trotzreaktion. Manche sind sich ihrer Qualifikation und ihrer Bedeutung als Fachkraft sicher und betonen, dass Auswandern immer eine realistische Option darstellt, wenn sich die politische und gesellschaftliche Positionierung in Deutschland weiter nach rechts verschiebt. Diese Gefühlslage ist teils ambivalent, vor allem bei Geflüchteten besteht gleichzeitig nach wie vor eine Art Dankbarkeit gegenüber der Gesellschaft, teilweise auch der Politik in Deutschland.

Wenn Deutschland mich nicht will, gehe ich halt woanders hin. Es gibt genügend Länder, die mich willkommen heißen würden.

1. Generation, afghanisch

INDIVIDUELLE BETROFFENHEIT VON GESELLSCHAFTLICHER STIMMUNGSLAGE

Letztlich wird beim Blick auf die Stimmung deutlich, dass die Verknüpfung von gesellschaftlicher und individueller Stimmung vergleichsweise hoch ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die persönliche Lebensgestaltung von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte stärker abhängig von politischen Entscheidungen ist, das betrifft insbesondere Menschen, die noch nicht lange in Deutschland leben und damit in stärkerem Kontakt zu Behörden stehen. Dazu besteht außerdem eine starke Aufmerksamkeit auf das wahrgenommene gesellschaftliche Klima, da die Befürchtung vor rassistischen Anfeindungen (und Schlimmerem) nach wie vor stark ausgeprägt ist.

IDENTITÄT UND ZUGEHÖRIGKEITSGEFÜHL: RASSISTISCHE ERFAHRUNGEN PRÄGEN DEN BLICK AUF DIE GESELLSCHAFT

Die zuvor dargestellte sich verstärkende Sorge vor Rassismus liegt einerseits im aktuellen gesellschaftlichen Klima begründet. Andererseits werfen die Diskussionspartner*innen hier immer auch einen Blick in teils fast schon alltägliche, teils aber auch weit vergangene rassistische Vorfälle im eigenen Leben. Nahezu alle Teilnehmer*innen konnten von Vorfällen berichten. Bei vielen beziehen sich diese auf die eigene Schulzeit, die geprägt war von ausgrenzenden Erfahrungen – auch und vor allem durch Lehrpersonal –, welche auch Jahre später noch fest im Bewusstsein verankert sind. Die Folgen dieser Vorfälle sind nach wie vor spürbar und beeinflussen die Beziehung zur Mehrheitsgesellschaft nachhaltig. Die Intensität der Erfahrungen mit Rassismus ist weniger generationsabhängig und orientiert sich eher an der äußerlichen Sichtbarkeit der Migrationsgeschichte.

Ich bin auf der Schule extremem Rassismus begegnet. Ein Lehrer hat zu mir gesagt: „Jemand muss ja später auch die Straßen fegen.“

3. Generation, türkisch

Es werden einem dann viele Stolpersteine in den Weg gelegt, nur weil man Olga heißt.

2. Generation, russisch

SELBSTBESCHREIBUNG ALS WICHTIGER TEIL DES LANDES

Trotz dieser vielfältigen negativen Erfahrungen, die die meisten mit der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland im Laufe ihres Lebens gemacht haben, besteht zumindest subtil teils eine enge Bindung an Deutschland. Größtenteils



definieren die meisten Menschen sich als einen wichtigen Teil der deutschen Gesellschaft – und das trotz eines kontinuierlichen Otherings¹ (wie erwähnt vor allem bei sichtbarer Migrationsgeschichte), das sich häufig auf Fragen nach „echter Herkunft“ sowie kulturellen und religiösen Traditionen (insbesondere bei maghrebinischer, teils bei türkischer Migrationsgeschichte) bezieht. Grundsätzlich besteht über die Generationen hinweg und eher abhängig von den

¹ Unter Othering ist die Distanzierung und Differenzierung einer einzelnen Gruppe zu verstehen. So entsteht ein Bild, in dem Menschen als „Andere“ konstruiert werden und von einer anderen, in der Regel größeren Gruppen zu differenzieren sind.

in Deutschland gemachten Erfahrungen ein skeptischer Blick auf die Mehrheitsgesellschaft in diesem Land, gewachsen beispielsweise aus Erfahrungen mit Alltagsrassismus, aktuell auch aus Verunsicherungen durch rechte Wahlerfolge.

IDENTITÄRE ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT

Dieser Blick und ein teils diffuses Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunftsland sorgen häufig für ein stark zerrissenes Identitätsgefühl. Sowohl im eigenen als auch im Herkunftsland bestehen Fremdheitsgefühle. Mitunter bestehen hierbei romantisierte Vorstellungen über die gesellschaftliche und politische Situation im Herkunftsland – eine starke Bindung besteht jedoch zu diesen, auch aufgrund des hier ebenfalls wahrgenommenen Otherings ebenfalls nur in wenigen Ausnahmen. Bei erst kürzlich Eingewanderten ist jedoch häufig ein betroffener, aber dennoch nüchterner und realitätsgetriebener Blick auf die Lage im Herkunftsland vorherrschend. Eine Bindung zum Herkunftsland besteht hier höchstens durch ein verstärktes Interesse an der dortigen Nachrichtenlage sowie die Hoffnung auf Verbesserung des Zustands der Länder, die häufig von Kriegen gezeichnet sind.

Ich habe es aufgegeben zu sagen, ich bin Deutsche. In Tunesien werde ich auch daran erinnert, dass ich nicht richtig tunesisch bin. Man ist nirgendwo richtig zu Hause.
2. Generation, maghrebinisch

Bei Menschen mit russischer familiärer Migrationsgeschichte ist die Zerrissenheit mit Blick auf die eigene Identität häufig tiefsitzender und diffuser. Viele sind mit einer familiären Nichtthematization und einem Verstecken der eigenen Migrationsgeschichte aufgewachsen. Das zeigt sich beispielsweise in der Eindeutschung von Namen oder in einer bewussten Auslassung der eigenen Migrationsgeschichte in inner- wie außerfamiliären Gesprächen. So betonten viele Teilnehmer*innen, dass die persönliche Einwanderungsgeschichte innerhalb der Familie praktisch verschwiegen wurde, um unter keinen Umständen den Eindruck zu erwecken, dass diese besondere Herausforderungen mit sich bringt. Der Assimilationsdruck wird in diesem Kontext als stark prägend für den eigenen Lebenslauf beschrieben.

Viele Namen wurden eingedeutscht. Mein Onkel heißt eigentlich Dimitri, daraus wurde Thomas gemacht. Ivan, mein Opa, daraus wurde Johann gemacht. Man dachte damals, das ist besser zum Integrieren. Das war etwas absurd für mich. Warum hat man unsere Namen nicht so gelassen, wie sie sind?
2. Generation, russisch

Eine Sozialisierung als „migrantisch“ ist daher eher die Ausnahme. Dennoch sind aber, zum Beispiel bei der Nennung des Nachnamens oder Wahrnehmung eines Akzents durch andere, Ausgrenzungsgefühle und -erfahrungen real und präsent. Die Reflexion der eigenen Identität führt hier häufig zu vielen Fragezeichen und Unsicherheiten mit Blick auf die eigene Lebensgestaltung.

THEMENAGENDA: WAHRGENOMMENE WIDERSPRÜCHLICHKEITEN IM FOKUS

Die wahrgenommene negative gesellschaftliche Stimmung (siehe Kapitel 3) wird zu großen Teilen auch beim Blick auf unterschiedliche politische und gesellschaftliche Debatten deutlich. Themen wie der Rechtsruck in Deutschland, Bildungspolitik, Pflege und Gesundheit, wirtschaftlicher Abschwung, Migration oder soziale Gerechtigkeit werden zunächst negativ konnotiert. Einige der Themen sind dabei als explizit relevant für Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte zu deuten, einige andere unterscheiden sich in der Relevanzzuschreibung kaum von wichtigen Themen aller Bürger*innen in Deutschland.

NAHOSTKRIEG: ENGES MEINUNGSSPEKTRUM, DEUTSCHE DEBATTE IM FOKUS

Vor allem in den Gruppen mit muslimisch geprägten Einwander*innen wurde der Nahostkonflikt stark priorisiert. Dabei steht jedoch in den meisten Fällen die Debatte in Deutschland im Mittelpunkt. Die Lage vor Ort spielt dabei nicht immer eine Rolle. Die umstrittene Position, dass Israel in Gaza mit seiner Militäraktion einen Völkermord begehe, ist hierbei für die meisten Diskutant*innen nicht diskutabel, sondern größtenteils gesetzt. Die Berichterstattung der deutschen Medien wird als stark einseitig wahrgenommen, auch wird eine geringere Meinungsfreiheit beim Thema attestiert. Bezugspunkt sind hier vor allem Demonstrationen in Deutschland, von denen viele Teilnehmer*innen den Eindruck einer beschränkten Meinungsfreiheit haben. Der Diskurs dient damit als Schablone, an der der Zustand der Demokratie gezeichnet wird. Viele der Diskussionsteilnehmer*innen zweifeln den Zustand der Demokratie auf Basis dieses Themenfelds an. Die historische Verantwortung Deutschlands mit Blick auf den Nahostkonflikt wird zwar vereinzelt mitgedacht, selten aber als Begründung für ein differentes Meinungsspektrum akzeptiert. Auch der Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 spielt in der Argumentation eine untergeordnete Rolle.

KRITIK AN DEUTSCHER ROLLE IM UKRAINEKONFLIKT

Einig sind sich viele der Teilnehmer*innen beim Thema der deutschen Rolle im Ukrainekrieg. Es besteht über alle Generationen und Herkunftsländer hinweg ein starker Wunsch nach „mehr Diplomatie“. Begründet wird dieser mit einer Sorge vor der Ausweitung des Krieges und einer direkten Beteiligung Deutschlands. Eine starke Kritik am russischen Vorgehen wird vereinzelt geäußert. Menschen



mit familiärer russischer Migrationsgeschichte betonen in diesem Kontext ihre Sorge vor Vereinnahmung und fürchten ein zu großes Scheinwerferlicht auf ihre eigene Position – auch und gerade, wenn sie sich gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine positionieren. Konträr dazu steht häufig die Haltung zu Investitionen in die Bundeswehr, die grundsätzlich nicht abgelehnt werden, sofern sie zur Verteidigung und Abschreckung und nicht zu Waffenlieferungen dienen. Die von der Bundesregierung postulierte Zeitenwende ist hier aber kaum bekannt.

KRITIK AN AUSSENPOLITISCHER LINIE INSGESAMT

Insgesamt wird eine starke Widersprüchlichkeit in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bemängelt – Konflikte werden immer wieder miteinander verglichen und in Relation gesetzt. Die Sorge vor Vereinnahmung spielt hingegen vor allem beim russischen Angriffskrieg eine Rolle, teils ist hier gar eine Zurückhaltung in der Äußerung der eigenen Position erkennbar. Mit Blick auf den Nahostkrieg wird die stereotype Kategorisierung der eigenen Meinung von außen zwar kritisiert, Positionen werden aber dennoch immer klar geäußert.



In der Ukraine reden sie vom Krieg, beim Nahostkonflikt interessiert die Politik das Leid aber viel weniger. Da wird mit zweierlei Maß gemessen.

3. Generation, türkisch

AMBIVALENTE POSITIONIERUNG ZUR MIGRATIONS POLITIK IN DEUTSCHLAND

In fast allen Diskussionen wurde in der Debatte, aber auch in der Umsetzung politischer Maßnahmen in Deutschland ein Rechtsruck diagnostiziert. Die meisten Teilnehmer*innen, speziell die mit einem muslimischen Hintergrund, nehmen in diesem Bereich eine starke Instrumentalisierung wahr – insbesondere wenn es um Forderungen nach härteren Maßnahmen infolge islamistischer Terroranschläge geht. Hier besteht eine große Sorge vor Mithaftung, die aber unterschiedlich gedeutet wird. Zum einen wird der thematisierte Rechtsruck stark kritisiert und eine große Enttäuschung von konservativen, aber auch mittigen oder

linken Parteien geäußert, die sich zu stark von der Debatte treiben ließen. Auf der anderen Seite besteht aber auch der Wunsch nach einem „harten Durchgreifen“ bei entsprechenden Straftaten, vereinzelt werden auch Forderungen nach einer Begrenzung von Migration deutlich.

Ich habe nach Solingen gebetet, dass es kein Moslem war.

3. Generation, türkisch

POSITIVE HALTUNG ZUM MODERNISIERTEN STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT

Deutlich wird hier aber vor allem, dass die meisten sich eine liberalere Migrationspolitik wünschen. So wird auch das modernisierte Staatsbürgerschaftsrecht positiv beurteilt – von einer Neiddebatte, die den eigenen, teils schwierigen Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft in den Fokus rückt, kann hier nicht die Rede sein. Selbstbewusst wird hier auch von Hochgebildeten der Fachkräftemangel thematisiert, der mehr Einwanderung, aber auch eine stärkere Akzeptanz migrantischen Lebens in Deutschland unabdingbar macht.

Ich musste meine russische Staatsbürgerschaft abgeben. Ich hätte sie gerne behalten, damit ich zu meinen Angehörigen nach Russland reisen kann. Jetzt müssen wir pro Person 80 Euro für das Visum zahlen. Ich finde auch, dass, wenn man hier lebt und arbeitet, einen deutschen Pass bekommen sollte, und freue mich für andere, dass das jetzt einfacher wird.

1. Generation, russisch

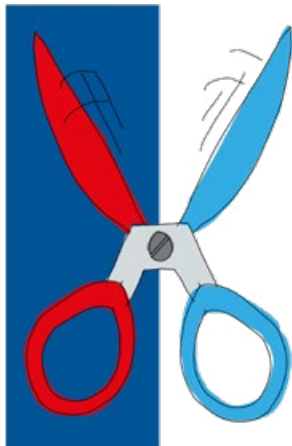
SORGE UM SOZIALE UNGLEICHHEIT, ABER STARKES LEISTUNGSDENKEN

Unterschwellig ist auch das Thema soziale Ungleichheit von hoher Relevanz. Dies wird vor allem beim Blick auf die eigene Lebensrealität deutlich, wenn ungerechte Start- und Lebensbedingungen für Migrant*innen diskutiert werden. Für viele Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte besteht ein dauerhaftes Gefühl, mehr leisten zu müssen als andere. Bei vertiefter Betrachtung spielen auch weitere Aspekte wie eine wachsende Einkommensschere eine Rolle. Grundsätzlich wird diese durchaus wahrgenommen, wenn auch ein starkes Leistungsdenken internalisiert

**SCHERE WIRD
IMMER GRÖßER**

ARM

REICH



ist und davon ausgegangen wird, dass auch großer Reichtum „verdient“ sei. Mit Blick auf eine Bekämpfung dieser ungleichen Lebensumstände besteht insbesondere bei Erbschafts- oder Vermögenssteuern mangelndes Vertrauen in eine wirkungsvolle Umsetzung der Maßnahmen. So glaubt kaum jemand daran, dass sehr wohlhabende Menschen sich diesen Maßnahmen nicht entziehen oder sie gar durch Einflussnahme auf den politischen Prozess verhindern könnten. Der Politik als solcher wird hier eine mangelnde Durchsetzbarkeit scharfer und effektiver Maßnahmen vorgehalten.

Bis auf wenige Ausnahmen hat sich derjenige es selbst verdient. Ich sehe es nicht ein, nur weil jemand erfolgreich im Leben ist, dass er dafür einbüßen muss.

1. Generation, russisch

SICHERE RENTE WICHTIGSTES ZUKUNFTSPERSPektIVE

Grundsätzlich bleibt aber festzuhalten, dass Positionierungen zur Umverteilung von sozialer Schicht und nicht von Generation oder Herkunft bestimmt sind. Die in den Fokusgruppen geschilderten Argumentationen weichen kaum von denen der Mehrheitsgesellschaft ab. Mit Blick auf die Bekämpfung von Ungleichheiten befürworten viele vor allem ein Versprechen in eine Grundsicherung in Form stabiler Renten. Hier spiegelt sich sowohl das Leistungs- als auch das Sicherheitsdenken wider. So soll ein arbeitsreiches Leben mit einer Rente belohnt werden. Erklären lässt sich diese Argumentation auch mit der gastarbeiterischen Sozialisation einiger Teilnehmer*innen – der Wunsch nach Anerkennung der eigenen Lebensleistung und der der Eltern und Großeltern ist hier sehr stark verankert.

Mein Papa ist hier verstorben. Der hat sich hier krank gearbeitet, hat eine Staublunge gekriegt. Er hat auf dem Bau gearbeitet damals, als er nach Deutschland kam, wie viele unserer Väter oder Großväter.

2. Generation, türkisch



WAHRNEHMUNG VON POLITIK UND PARTEIEN: DEMOKRATIE AM WAHRGENOMMENEN KIPPPUNKT

Das Politikverständnis ist in der Regel insbesondere bei Menschen, die noch nicht lange in Deutschland leben (also der ersten Einwander*innengeneration) von einer stärkeren wahrgenommenen Abhängigkeit geprägt. Hier wird deutlich, dass behördliche Prozesse und Gesetzgebung einen starken Einfluss auf die Lebensgestaltung der Teilnehmer*innen haben.

STARKER EINFLUSS VON POLITIK AUF EIGENES LEBEN

Auch beim Blick in die Zukunft wird hier eine stärker werdende Sorge wahrgenommen. Einerseits bezieht sich dies auf Aspekte wie wirtschaftlichen Abschwung (analog zur Mehrheitsgesellschaft), andererseits aber aufgrund von individuell starker Betroffenheit auch auf einen Rechtsruck in Deutschland. Insgesamt besteht aber gleichzeitig relativ wenig Vertrauen darin, dass Politik wirksam Rassismus begegnen könnte – sowohl auf gesellschaftlicher Ebene in Form von Bekämpfung des Alltagsrassismus als auch auf politischer Ebene in Form eines Verhinderns einer erstarkenden AfD.

EIGENER EINFLUSS AUF POLITIK ALS BEGRENZT WAHRGENOMMEN

Für die meisten der Teilnehmer*innen zählt „Wählen zur Bürgerpflicht“. Vereinzelt trägt auch der Vergleich zu demokratieferen Systemen in den Herkunftsländern zu einem tendenziell positiven Blick auf demokratische Prozesse bei. Die tatsächliche Wirkung der eigenen Stimme wird dabei aber häufig kleingeredet – eine wirkliche Möglichkeit, durch Wählen mitzuentcheiden, wird von vielen angezweifelt.

Man meint, dass man mitbestimmen kann, wenn man von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Aber es ist nicht so, dass man dann so richtig mitentscheiden kann.
3. Generation, türkisch

AMBIVALENZEN IN DEM WUNSCH, VON POLITIK ANGESPROCHEN ZU WERDEN

Grundsätzlich besteht wie dargestellt ein starker Wunsch an die Mehrheitsgesellschaft, als relevanter Teil dieser Gesellschaft wahrgenommen zu werden. Im Kontext von Diskriminierungserfahrungen bedeutet dies auch, dass viele der Teilnehmer*innen sich wünschen, dass die eigene Migrationsgeschichte und die damit verbundenen Nachteile von Politik und Gesellschaft mitgedacht werden. Bei der Reflexion über Anspracheformen führt dies zu ambivalenten Haltungen. So fühlen sich viele Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte praktisch politisch unsichtbar und von politischen Entscheider*innen nicht einbezogen. Der Wunsch, als Teil der Gesellschaft ohne Reduzierung auf die eigene Migrationsgeschichte wahrgenommen zu werden, führt gleichzeitig zu einem Wunsch, nicht explizit als „Mensch mit Migrationsgeschichte“ angesprochen zu werden. (Politische) Kommunikation ist hier also gewissermaßen ein Drahtseilakt. Entsprechend wird auch der Wunsch nach mehr Sichtbarkeit von Politiker*innen mit familiärer Migrationsgeschichte nicht so stark geäußert, wie womöglich angenommen. Repräsentation wird teilweise gar als Deckmantel für den Mangel ausbleibender Maßnahmen wahrgenommen.

DEMOKRATIEVERTRAUEN STARK ANGEKRATZT

Insgesamt lässt sich eine gewisse Skepsis beim Blick auf die Demokratie in Deutschland beobachten. Vergleiche zu Systemen in Herkunftsländern wirken bei Einwander*innen aus der ersten Generation zwar vereinzelt leicht positiv auf den Blick auf die Demokratie in Deutschland ein. In späteren Generationen tritt dieser Effekt weniger auf, vereinzelt wird umgekehrt eine Verharmlosung der politischen und gesellschaftlichen Lage in den Herkunftsländern sichtbar. Diese Anpassung der späteren Generationen an die Mehrheitsbevölkerung konnte bereits im Rahmen der quantitativen Erhebung von Goerres et al. (2024) festgestellt werden. Die Diskussion um den Zustand der Demokratie ist vor allem bei den Teilnehmer*innen, die eine familiäre türkische, syrische, afghanische oder maghrebinische Migrationsgeschichte haben, stark auf den Nahostkrieg und durch die deutsche Debatte um selbigen bestimmt. Darstellungen des Kriegs in den (deutschen) Medien werden als parteiisch wahrgenommen und haben einen Einfluss auf die Wahrnehmung eines engen Meinungskorridors. Größter Bezugspunkt sind hier immer wieder Demonstrationen, bei denen Teilnehmer*innen nach Meinung der Diskutant*innen in ihrer Rede- und Versammlungsfreiheit durch Sicherheitskräfte

eingeschränkt seien. Diese Wahrnehmung einer mangelnden Meinungsfreiheit führt zu einer starken Verengung des Demokratieverständnisses an sich. In anderen Dimensionen, wie beispielsweise dem Vertrauen in Institutionen, ist das Niveau dem Vernehmen nach ungeachtet relativ hoch.

Wenn dort dann Demonstrationen aufgelöst werden, dann kann mir keiner etwas von Demokratie erzählen.

3. Generation, türkisch

POPULISTISCHE EINSTELLUNGEN UND WENIG VERTRAUEN IN ETABLIERTE PARTEIEN

Mit Blick auf die Identifikation mit Politik und Parteien an sich lässt sich eine zunehmende Entfremdung von Politik beobachten. Dem Eindruck nach findet Politik entsprechend vor allem außerhalb der eigenen Lebensrealitäten statt. Das Bild von Politiker*innen ist entsprechend skeptisch und negativ geprägt. Viele nehmen Politiker*innen und Parteien lediglich als stark von Macht getrieben wahr, die viel versprechen, aber wenig umsetzen. Ein Glaube an politische und inhaltliche Motivationen ist kaum verbreitet. Insgesamt wird eine starke Anti-Establishment-Haltung deutlich, insbesondere in den späteren Generationen. Ein Grund für diese Haltung liegt wie auch beim Demokratievertrauen in Vergleichen zu den Herkunftsländern, die in der ersten Generation und hier insbesondere bei kürzlich nach Deutschland eingewanderten Menschen noch präsenter sind. Diese Vergleiche wirken sich leicht positiv auf die Haltung zur Politik in Deutschland aus. In der quantitativen Vorstudie (Goerres et al. 2024) werden im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung ebenfalls stärkere populistische Einstellungen bei Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte deutlich. Die hier angedeuteten Generationenunterschiede verhalten sich hingegen anders – so wird in den Befunden der quantitativen Auswertung für Menschen aus der ersten Generation ein höheres Niveau an populistischen Einstellungen als in der zweiten oder dritten Generation konstatiert. Diese Unterschiede können einerseits statistisch auf sogenannte

Kompositionseffekte zurückzuführen sein (Goerres et al. 2024). Andererseits liegt

eine inhaltliche Begründung womöglich in dem hohen Bildungsniveau



der Teilnehmer*innen aus den Fokusgruppen der ersten Einwanderungsgeneration, das generell mit geringeren populistischen Einstellungen korreliert (Reinecke et al. 2023).

Die leben in einer Bubble, wie jeder andere auch. Politiker im Bundestag zu sein, ist so ein extravaganter Lebensstil, dass es schwerfällt, den Bezug zu normalen Leuten zu finden.

3. Generation, russisch

PARTEIPOLITISCHE POSITIONIERUNG KORRESPONDIERT MIT POPULISTISCHEN EINSTELLUNGEN

Beim Blick auf die politischen Parteien wird mit wenigen Ausnahmen vor allem eine starke Ablehnung der AfD deutlich, die sich sowohl aus gesellschaftlichen als auch persönlichen Motiven speist. Die Teilnehmer*innen fühlen sich hier in der politischen Debatte instrumentalisiert und teils bedroht. Die Erfolge von rechten und rechtsextremen Parteien werden teilweise sogar als glaubhafter Grund für eine Auswanderung aus Deutschland verargumentiert. Nur sehr vereinzelt konnten in den Diskussionen mit Menschen familiärer russischer Migrationsgeschichte Verständnis für AfD-Positionierungen registriert werden. Beim Blick auf andere Parteien lässt sich größtenteils eine gewisse Orientierungslosigkeit feststellen. Der Blick auf die derzeitige Regierung, aber auch auf mögliche Alternativen ist von Skepsis geprägt. Größtenteils sind die Parteibindungen weniger eng – familiäre Traditionen, wie beispielsweise eine Bindung an linkere Parteien seitens Migrant*innen, sind zwar (auch durch eigene Sozialisierung) bekannt, haben aber kein Fundament mehr.

Mein Vater hat immer gesagt, ich soll Grüne oder SPD wählen. Das ist aber jetzt irgendwie nicht mehr so.

2. Generation, maghrebinisch

Eine Ausnahme bildet hier lediglich das neu gegründete BSW, in das vereinzelt noch eine relativ große Hoffnung gesetzt wird. Mit Blick auf die Haltungen in der Außenpolitik sowie die populistischen Einstellungen erscheint dies nur folgerichtig. Inwiefern sich diese Präferenz verfestigt, bleibt dabei offen. Dass bei einer starken Unzufriedenheit mit dem Parteientableau ein neuer Akteur grundsätzlich begrüßt wird, ist wenig überraschend. Ob dies zu einer langfristigen Bindung an das BSW führt, falls sich die Partei etabliert oder wenn sie in Regierungsverantwortung kommt, kann zum jetzigen Zeitpunkt schwerlich prognostiziert werden.

FAZIT UND IMPLIKATIONEN

Insgesamt hat die vorliegende qualitative Studie gezeigt, dass sich wie angenommen Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte in ihren politischen Einstellungen voneinander unterscheiden. Auch innerhalb einer Generation oder innerhalb eines bestimmten Herkunftslandes sind starke Unterschiede auszumachen, die keine Verallgemeinerungen zulassen. Hier sei gesagt, dass diese Verallgemeinerungen und Kategorisierungen in der öffentlichen Debatte von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte durchaus registriert werden und einen skeptischen Blick auf diese Debatten und teilweise auch auf die Mehrheitsbevölkerung stärken. Dabei zeigt sich, dass Faktoren wie der soziale Status in Kernfragen häufig relevanter für die Ausgestaltung der politischen Einstellungen sind als die Herkunftsregion. Darüber hinaus zeigt sich in den Diskussionen auch, dass die Trennung nach Generationen nur eine grobe Hilfe bei der Erklärung von Unterschieden sein kann und vergleichsweise unspezifisch ist. Innerhalb der ersten Generation ist beispielsweise von hoher Relevanz, wie lange die Menschen bereits in Deutschland leben. Relevant ist vor allem auch das Lebensalter zum Migrationszeitpunkt.

Bei Hochgebildeten ist mit Blick auf die eigene Qualifikation ein gewisses Selbstbewusstsein zu beobachten. Der Fachkräftemangel wird in dieser Argumentation mitgedacht. Eine Auswanderung in andere Länder, in denen eine Anerkennung entsprechender Qualifikationen und auch gesellschaftlich eine stärkere Wertschätzung angenommen wird, ist für diese Gruppe eine immer mitschwingende Option.

Im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft lässt sich vor allem bei den Menschen, die erst seit Kurzem eine deutsche Staatsbürgerschaft innehaben, eine wahrgenommene größere Betroffenheit vom politisch-gesellschaftlichen Debatteklima sowie von konkreten Maßnahmen im Bereich der Migrationspolitik feststellen. Die Sorge vor dem Erstarken rechter Kräfte ist in dieser, aber auch in anderen Gruppen nachvollziehbarer Weise massiv und sorgt für starke Zukunftsängste. Thematisch spielen außerdem in dieser Zeit insbesondere die außenpolitische Ausrichtung und die Debatte über selbige in Deutschland eine wichtige Rolle. Der Krieg im Nahen Osten wird hier zu einer sich verschärfenden Konfliktlinie, die Spuren bis hinein in das Demokratieverständnis hinterlässt. Die außenpolitische Positionierung erweist sich auch als Triggerpunkt, der bei den Teilnehmer*innen der Fokusgruppen eine Entfremdung zur deutschen Politik auslöst. Die unterschiedlichen Haltungen zum Nahostkonflikt und Krieg Russlands gegen die Ukraine werden als widersprüchlich und ungerecht empfunden. Dieses Unbehagen an der deutschen Außenpolitik geht in Teilen auch über eine wahrgenommene Einschränkung der freien Meinungsäußerung hinaus. Demokratischen Parteien fällt es hier zunehmend schwer, Menschen mit Migrationsgeschichte in diesen Regionen adäquat anzusprechen,

sodass sie sich ernstgenommen und nicht in ihrer Meinung verurteilt fühlen.

Wie bereits in quantitativen Erhebungen festgestellt, lassen sich populistische Einstellungen beobachten. Inwiefern diese von der Mehrheitsbevölkerung abweichen, kann mit diesem Studiendesign nicht verifiziert werden. Die quantitative Vorstudie legt jedoch nahe, dass populistische Einstellungen bei Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte stärker vertreten sind (Goerres et al. 2024). Deutlich wird in der qualitativen Erhebung, dass sich diese Einstellungen insbesondere in Anti-Establishment-Haltungen und einem starken Hang zu einfachen Lösungen zeigen. Politik entfernt sich in dieser Argumentation immer weiter von der Realität der Bürger*innen, hier insbesondere von denen mit familiärer Migrationsgeschichte. Die derzeitige Regierung wird auch in diesem Kontext kritisch beurteilt, mögliche Alternativen werden allerdings ebenfalls skeptisch gesehen. Lediglich das BSW erfährt (auch aufgrund seiner außenpolitischen Ausrichtung) etwas größere Beliebtheit. Diese Präferenz korrespondiert mit den populistischen Einstellungsmustern, die zuvor dargestellt wurden.

Dieser Blick auf Politik führt zu einem ambivalenten Wunsch, angesprochen zu werden. Auf der einen Seite wollen Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte, dass ihre spezifischen Probleme gesehen und wahrgenommen werden. Ausgrenzende und rassistische Erfahrungen (z. B. im Alltags- oder Berufsleben) prägen den Blick auf das gesellschaftliche Bild und die Erwartungen an Politik. Gleichzeitig besteht aber ein starker Wunsch, nicht (ausschließlich) spezifisch mit der eigenen Migrationsgeschichte angesprochen und auf diese reduziert zu werden. Die Auflösung dieses ambivalenten Gefühls ist entsprechend komplex, liegt aber voraussichtlich weniger in der Kommunikation als in der effektiven und praktischen Umsetzung politischer Maßnahmen.

Für politische Entscheider*innen und Parteien an sich sind die Erkenntnisse aus mehreren Perspektiven zu betrachten. Es besteht zuallererst ein starker und berechtigter Anspruch auf die Anerkennung der Lebensleistung. Das bezieht sich insbesondere auf Gastarbeiter*innen und deren Nachkommen, die für sich beanspruchen, das Land, in dem sie leben, erfolgreich mitgestaltet und geprägt zu haben. Dass diese Leistung unter großer Anstrengung, erheblichem Druck und bei zeitgleicher Ausgrenzung durch die Mehrheitsbevölkerung zustande gekommen ist, vergrößert den Wunsch nach Respekt. Dieser Respekt darf sich jedoch nicht nur rhetorisch in Lippenbekenntnissen äußern, sondern muss in konkreten Maßnahmen spürbar werden. In diesem Kontext wird insbesondere erwartet, dass eine sichere Zukunft im Alter durch stabile Renten gewährleistet wird.

Kommunikative Aspekte und die politische Ansprache sind dabei ein Balanceakt. Politische Repräsentation ist grundsätzlich nicht unwichtig – wenn dahinter aber politische Maßnahmen ausbleiben, wird dies wachsam registriert. In diesem Kontext ist auch die politische Ansprache als „Mensch mit familiärer Migrationsgeschichte“ ambivalent zu betrachten. Einerseits besteht ein Verlangen nach Anerkennung der spezifischen Herausforderungen, die bewältigt werden und wurden. Andererseits existiert gleichzeitig der explizite Wunsch, nicht als „andere“ Gruppe politisch definiert zu werden. Die Lösung kann hier nur in konkreten, alltagsnahen, spürbaren politischen Maßnahmen und weniger in kommunikativen Aspekten liegen.

Mit Blick auf die geringen Parteibindungen und die starke Sensibilität sowie gegen rechte und rechtsextreme Strömungen gilt es, die wahrgenommene parteipolitische Leerstelle im Kampf gegen ebendiese Strömungen glaubhaft zu füllen. Dies beinhaltet auch klare Positionierungen gegen Vereinahmungen und Instrumentalisierungen von rechts und eine kommunikative Klarstellung, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, das Migration befürwortet und benötigt – und das sowohl aus wirtschaftlicher, aber auch aus intrinsischer und weltoffener Motivation heraus.



ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Zusammensetzung der acht Fokusgruppen (Seite 6)

Illustrationen: Graphic Recording der Fokusgruppengespräche im Projekt „Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationsgeschichte“, erstellt von Volker Voigt.

Copyright: Friedrich-Ebert-Stiftung

LITERATURVERZEICHNIS

Destatis 2023: Bundestagswahl 2021: Jede dritte Person mit Migrationshintergrund war wahlberechtigt, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/10/PD21_463_125.html (22.10.2024).

Foroutan, Naika 2019: Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie, Bielefeld.

Goerres, Achim; Mayer, Sabrina J.; Spies, Dennis C. 2022: A New Electorate? Explaining the Party Preferences of Immigrant-Origin Voters at the 2017 Bundestag Election, in: British Journal of Political Science 52 (3), S. 1.032–1.054.

Goerres, Achim; Mayer, Sabrina J.; Hoffmann, Philipp; Diaz Garcia, Manuel 2024: Politische Einstellungen und Präferenzen von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21444.pdf> (6.11.2024).

Mayer, Sabrina J.; Goerres, Achim; Spies, Dennis C. 2021: Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund: Befunde der Immigrant German Election Study (IMGES), in: Weßels, Bernhard; Schoen, Harald (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017, Wiesbaden, S. 81–97.

Mediendienst Integration 2024: Zahlen und Fakten: Was sind die größten Einwanderergruppen in Deutschland?, <https://mediendienst-integration.de/migration/bevoelkerung.html> (8.11.2024).

Reinecke, Jost; Verneuer-Emre, Lena M.; Wächter, Maximilian; Skolarski, Stephan; Lück, Jan-Hauke 2023: Populistische Einstellungen in der Bevölkerung: Messung und Analyse anhand einer Kurzskaala, FGZ Working Paper Vol. 6, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, https://fgz-risc.de/fileadmin/user_upload/Reinecke_et_al_2023_Populistische_Einstellungen_in_der_Bevoelkerung.pdf (6.11.2024).

Wüst, Andreas M. 2004: Naturalised Citizens as Voters: Behaviour and Impact, in: German Politics 13 (2), S. 341–359.

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA

Politische Einstellungen und Präferenzen von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte in Deutschland

→ [FES diskurs](#), August 2024

Eine Frage der Klasse? Analyse des Parteienwettbewerbs nach Berufsklassen und politischen Präferenzen

→ [FES impuls](#), Juni 2024

Milieuperspektiven: Eine kritische Diskussion der Erklärungskraft aktueller Milieustudien

→ [FES impuls](#), Oktober 2022

Nur mit uns – Stimmen für eine vielfältige Politik

→ [Buch](#), 2021

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter
www.fes.de/publikationen



Impressum

© 2024

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
www.fes.de

Bestellungen/Kontakt: apb-publikation@fes.de

ISBN: 978-3-98628-620-0

Titelbild und Illustration: Volker Voigt, Visualisierungsfuchs,
www.visualisierungs-fuchs.de

Gestaltungskonzept: www.leitwerk.com

Umsetzung/Satz: SCHUMACHER Brand + Interaction Design GmbH,
www.schumacher-design.de

Lektorat: Soenke Hallmann

→ Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Studie „Muster und Motive politischer Einstellungen von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte“ beruht auf acht Fokusgruppen, die im August 2024 durchgeführt wurden. Dabei wurden die Gruppen nach Generationen sowie nach Herkunftsländern (der Groß-(Eltern)) zusammengesetzt. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die politischen Einstellungen dieser Menschen weniger durch ihre Migrationsgeschichte erklären lassen, sondern vielmehr durch eine komplexe Verknüpfung von sozialen, ökonomischen und individuellen Faktoren. Dabei spielt der soziale Status eine größere Rolle als die Herkunft oder die Einwanderungsgeneration. Mit Blick auf die politische Lage in Deutschland besteht insbesondere eine große Sorge vor erstarkenden rechten und rechtsextremen Parteien – diese Sorge ist häufig so stark, dass bei Menschen, die über entsprechende Ressourcen verfügen, reale Auswanderungsgedanken existieren und sich verfestigen. Die meisten trauen den anderen Parteien in Deutschland nur begrenzt zu, die aktuellen sowie zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Auch das Demokratieverständnis bröckelt bei vielen Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte. Die Untersuchung verdeutlicht, dass Menschen mit Migrationsgeschichte aller Generationen sich nach Anerkennung und politischen Lösungen für ihre Probleme sehnen, jedoch gleichzeitig häufig frustriert über die mangelnde Berücksichtigung ihrer spezifischen Anliegen in der politischen Debatte sind.

ISBN: 978-3-98628-620-0

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

